

Inhalt

1	Aufgabenstellung und Datengrundlagen	3
2	Rechtliche Grundlagen	4
3	Wirkfaktoren des Vorhabens	6
	3.1 Anlagebedingte Wirkfaktoren	6
	3.2 Baubedingte Wirkfaktoren	6
	3.3 Betriebsbedingte Wirkfaktoren	7
4	Maßnahmen zur Vermeidung und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen	8
	4.1 Maßnahmen zur Vermeidung	8
	4.2 Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)	9
5	Bestandsdarstellung sowie Darlegung der Betroffenheit der relevanten Arten	11
	5.1 Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie	11
	5.1.1 Säugetiere	11
	5.1.2 Reptilien	13
	5.1.3 Amphibien	13
	5.2 Europäische Vogelarten	14
	5.2.1 Ungefährdete Gastvogelarten: Stockente, Habicht, Halsbandsittich, Mauersegler, Buntspecht, Grünspecht, Eichelhäher, Elster, Aaskrähe, Elster, Star, Rotdrossel, Grauschnäpper, Grünfink, Rohrammer	16
	5.2.2 Ungefährdete, verbreitete Brutvogelarten: Ringeltaube, Kohlmeise, Blaumeise, Sumpfmeise, Schwanzmeise, Fitis, Zilpzalp, Sumpfrohrsänger, Gelbspötter, Mönchsgrasmücke, Gartengrasmücke, Klappergrasmücke, Dorngrasmücke, Zaunkönig, Amsel, Singdrossel, Misteldrossel, Rotkehlchen, Heckenbraunelle, Buchfink, Gimpel	17
	5.2.3 Gefährdete Gastvogelart: Rauchschwalbe	19
	5.2.4 Feldschwirl	20
6	Zusammenfassung und Fazit	23

1 Aufgabenstellung und Datengrundlagen

Die nachfolgende artenschutzrechtliche Betrachtung dient zur Ermittlung und Prüfung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (wildlebende europäische Vogelarten sowie Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie) für das geplante Vorhaben.

Es werden die:

- artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (alle heimischen europäischen Vogelarten, Arten des Anhangs IV FFH-Richtlinie), die durch das Vorhaben erfüllt werden können, ermittelt und dargestellt und
- sofern Verbotstatbestände erfüllt sind, die naturschutzfachlichen Voraussetzungen für eine Ausnahme gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG geprüft.

Die Ermittlung vorhabensbedingt betroffener, artenschutzrechtlich relevanter Arten erfolgt im Wesentlichen auf folgenden Grundlagen:

- faunistische Kartierung Altdeponie 40603 „Butzweiler Straße“ und 50614 „Heckhofweg“ (raskin 2007). In dem Gutachten erfolgten systematische Erfassungen der Artengruppen Vögel, Fledermäuse, Reptilien, Amphibien und Libellen.
- Zufallsbeobachtungen aus der Biotoptypenkartierung (L.A.U.B. 2011) von Ende April 2011.

2 Rechtliche Grundlagen

Zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten vor Beeinträchtigungen durch den Menschen sind auf gemeinschaftsrechtlicher und nationaler Ebene umfangreiche Vorschriften erlassen worden. Europarechtlich ist der Artenschutz in den Artikeln 12, 13 und 16 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen vom 21.05.1992 - FFH-Richtlinie - (ABl. EG Nr. L 206/7) sowie in den Artikeln 5 bis 7 und 9 der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vom 02.04.1979 - Vogelschutzrichtlinie - (ABl. EG Nr. L 103) verankert.

Aufgrund der Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) im Urteil vom 10.01.2006 (C-98/03) wurde das Bundesnaturschutzgesetz im Rahmen der sogenannten „Kleinen Novelle“ zum 12.12.2007 (BGBl I S 2873), in Kraft getreten am 18.12.2007, geändert.

Eine weitere, umfassende Änderung hat der Bundestag im Jahr 2009 beschlossen. Dabei hat der Gesetzgeber die europarechtlichen Regelungen zum Artenschutz, die sich aus der FFH-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie ergeben, in den §§ 44 und 45 BNatSchG umgesetzt. Alle Gesetzeszitate beziehen sich im Folgenden - falls nicht anders angegeben - auf das „Gesetz zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege“ vom 29.07.2009.

Die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG („Zugriffsverbote“) sind folgendermaßen gefasst:

"Es ist verboten,

1. *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
2. *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
3. *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
4. *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören."*

Diese Verbote werden um den für Eingriffsvorhaben relevanten § 44 Abs. 5 BNatSchG ergänzt:

„Für nach § 15 zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe der Sätze 2 bis 5. Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1

Nummer 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wild lebender Tiere auch gegen das Verbot des Absatzes 1 Nummer 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden. Für Standorte wildlebender Pflanzen der in Anhang IVb der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gilt Satz 2 und 3 entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens ein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nicht vor.

Entsprechend § 44 Abs. 5 BNatSchG gelten die artenschutzrechtlichen Verbote bei nach § 15 zulässigen Eingriffen in Natur und Landschaft sowie nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässigen Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG nur für die in Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführte Tier- und Pflanzenarten sowie die europäischen Vogelarten gem. Art. 1 Vogelschutzrichtlinie.

Werden Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten erfüllt, müssen für eine Projektzulassung die Ausnahmevoraussetzungen des § 45 Abs. 7 BNatSchG erfüllt sein. Die Artikel 16 Abs. 1 und 3 der FFH-Richtlinie und Art. 9 Abs. 2 der Vogelschutzrichtlinie sind hierbei zu beachten.

Als für das geplante Vorhaben einschlägige Ausnahmevoraussetzungen muss nachgewiesen werden, dass:

- zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art, vorliegen,
- zumutbare Alternativen, die zu keinen oder geringeren Beeinträchtigungen der relevanten Arten führen, nicht gegeben sind,
- keine Verschlechterung des günstigen Erhaltungszustandes der Population einer Art zu erwarten ist bzw. bei derzeitig schlechtem Erhaltungszustand eine Verbesserung nicht behindert wird.

Unter Berücksichtigung des Art. 16 Abs. 1 der FFH-Richtlinie bedeutet dies bei Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie:

- Das Vorhaben darf zu keiner Verschlechterung des günstigen Erhaltungszustandes führen, und
- Das Vorhaben darf bei Arten, die sich derzeit in einem ungünstigen Erhaltungszustand befinden, diesen nicht weiter verschlechtern.

Bei europäischen Vogelarten darf das Vorhaben den aktuellen Erhaltungszustand nicht verschlechtern (Aufrechterhaltung des Status Quo).

3 Wirkfaktoren des Vorhabens

Nachfolgend werden die Wirkfaktoren aufgeführt, die im vorliegenden Fall Beeinträchtigungen und Störungen europarechtlich geschützter Tierarten verursachen könnten.

3.1 Anlagebedingte Wirkfaktoren

Flächenbeanspruchung

Die Baumaßnahmen sehen eine Neuprofilierung des Deponiekörpers und den Einbau einer Oberflächenabdichtung mit einer Kunststoffdichtungsbahn und anschließender Überdeckung mit einer 1,50 bis 1,0 m mächtigen Rekultivierungsschicht vor. Es ist vorgesehen, die Baumaßnahmen zur Oberflächenabdichtung zeitlich gestaffelt in 3 Bauabschnitten innerhalb von 3 Jahren auszuführen.

Im Rahmen der Baumaßnahmen zur Oberflächenabdichtung der Altdeponie muss die gesamte Fläche innerhalb der dargestellten Rodungsgrenzen gerodet und abgeräumt werden.

Zum Verlust von Habitatstrukturen für Tiere kommt es in erster Linie im Zuge der Rodungs- und Flächenräumungsmaßnahmen im Plangebiet. Betroffen sind im westlichen Bereich aus Sukzession entstandene Pionierwälder und im östlichen Bereich offene Ruderalflächen durchsetzt von Gehölzstrukturen.

3.2 Baubedingte Wirkfaktoren

Direkte Gefährdung von Tieren durch Bautätigkeit

Durch baubedingte Beanspruchung von Brut-, Nist- oder Ruhestätten können Individuen geschützter Arten getötet werden. Dies kann z. B. im Zuge einer Zerstörung von Vogelnestern zur Brutzeit erfolgen oder auch bei Bauarbeiten in bzw. bei Überdeckung von Amphibienhabitaten in der Aktivitätsphase oder während der Überwinterung.

Das Risiko einer Tötung bzw. Gefährdung von Individuen oder Entwicklungsstadien artenschutzrechtlich relevanter Arten kann in bestimmten Fällen durch Bauausschlusszeiten vermieden werden. Gegebenenfalls sind artspezifische Kontrollen bzw. Maßnahmen angezeigt, um Tötungen soweit möglich bzw. zumutbar zu vermeiden (z.B. Kontrolle von Amphibienhabitaten vor Baumaßnahmen, ggf. Fang und Umsiedlung).

Baubedingte Flächenbeanspruchung

Durch baubedingte Flächenbeanspruchung, z.B. bei einer Nutzung als Baustreifen, Bau-, Lager-, Rangierflächen, können Lebensräume zerstört oder beeinträchtigt werden. Die Nutzungen sind zeitlich auf die Bauphase und räumlich auf die Baustellenbereiche sowie evtl. auf zu errichtende Zuwegungen beschränkt. Grundsätzlich ist eine Wiederherstellung betroffener Biotop- und Nutzungsstrukturen möglich.

Baubedingte Lärmimmissionen

Bautätigkeiten sind mit Maschinenbetrieb, Fahrzeugverkehr und daraus resultierenden Lärmemissionen verbunden. Dadurch können Lebensräume empfindlicher Tierarten beeinträchtigt werden. Zu nennen sind hier insbesondere Vögel, bei denen es selbst in größerer Entfernung zur Lärmquelle zur Störung von Brut- oder Ruheplätzen kommen kann (vgl. u.a. RECK 2001). Aber auch viele Säugetierarten reagieren auf Lärmemissionen mit Meide- und Fluchtverhalten.

Baubedingte optische Störungen

Im Zusammenhang mit der Bautätigkeit ist auch mit visuellen Störwirkungen auf Lebensräume empfindlicher Arten (z.B. Vögel) durch Personal, Fahrzeuge und Maschinen zu rechnen. Baubedingte Störwirkungen sind zeitlich auf die Bauphase, räumlich auf die nähere Umgebung der Baustellen (d.h. auf Bereiche mit Sichtkontakt zur Baustelle) beschränkt.

3.3 Betriebsbedingte Wirkfaktoren

Betriebsbedingte Beeinträchtigungen von Tiervorkommen bzw. -lebensräumen sind im Zuge der geplanten Sanierungsmaßnahme nicht zu erwarten.

4 Maßnahmen zur Vermeidung und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen

4.1 Maßnahmen zur Vermeidung

Folgende Maßnahmen zur Vermeidung werden durchgeführt, um Gefährdungen und Beeinträchtigungen von artenschutzrechtlich relevanten Tierarten zu vermeiden oder zu mindern. Die Ermittlung der Verbotstatbestände (siehe Kapitel 5) erfolgt unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen.

V1 Beschränkung der anlagebedingten Flächenbeanspruchung

Die temporär wasserführenden Mulden im Plangebiet stellen wichtige Lebensräume für Amphibien, u. a. für die landesweit gefährdete Kreuzkröte dar. Durch die Inanspruchnahme der Mulden sind aus artenschutzrechtlicher Sicht Maßnahmen zur Kompensation der Habitatverluste geboten (vgl. Kapitel 4.2).

V2 Beschränkung der baubedingten Flächenbeanspruchung

Die baubedingten Flächenbeanspruchungen sind auf das Notwendige zu beschränken. Inanspruchnahmen von offenen Vegetationsflächen, Gehölzbeständen und Mulden sind aufgrund ihrer Funktionen als Lebensräume bzw. Teillebensräume für artenschutzrechtlich relevante Arten auf das unbedingt notwendige Ausmaß zu beschränken.

V3 Zeitliche Beschränkung der Rodungs- und Räumungsarbeiten auf das Winterhalbjahr

Um eine Zerstörung von Vogeleiern oder -nestern und eine Gefährdung von Jungvögeln zu vermeiden sowie Störwirkungen während der Brutzeit zu mindern, sind die Räumung der Vegetation sowie Rodungsarbeiten auf das Winterhalbjahr (Zeitraum 30. September bis 28/29. Februar) zu beschränken.

Durch die Maßnahme wird vermieden, dass der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1, in Verbindung mit § 44 Abs. 5 BNatSchG, (vermeidbare Tötung, Verletzung, Gefährdung von Individuen, Entwicklungsstadien) eintritt.

V4 Maßnahmen zur Verminderung von Individuenverlusten der Kreuzkröte

Im Zuge der Beseitigung von Gehölzen, der Vegetationsschicht und der Mulden durch die Überdeckung mit einer Rekultivierungsschicht ist entsprechend der rechtlichen Vorgaben eine vermeidbare Tötung von Individuen der streng geschützten Kreuzkröte zu unterlassen. Die Kreuzkröten sind im Frühjahr (ab Mitte April) an den temporär wasserführenden Mulden im Gebiet einzufangen und in die zuvor hergerichteten Ersatzhabitate im Bereich des ersten Bauabschnittes umzusiedeln. Die Umsiedlung sollte in mehreren Durchgängen erfolgen um möglichst viele Individuen umsiedeln zu können. Laichschnüre und Kaulquappen sind ebenfalls abzukeschern und umzusiedeln.

Durch die Maßnahmen wird vermieden, dass der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1, in Verbindung mit § 44 Abs. 5 BNatSchG, (vermeidbare Tötung, Verletzung, Gefährdung von Individuen, Eiern) eintritt.

4.2 Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)

Folgende vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gem. § 44 Abs. 5 BNatSchG bzw. CEF-Maßnahmen ("continuous ecological functionality-measures", Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität¹) werden durchgeführt, um Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG zu vermeiden. Die Ermittlung der Verbotstatbestände in Kapitel 5 erfolgt unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen.

A1 Anlage von Ersatzhabitaten für die Kreuzkröte

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben sind Flächen- und Funktionsverluste für die im Vorhabensbereich vorkommende Anhang IV-Art Kreuzkröte in qualitativer und quantitativer Hinsicht so auszugleichen, dass die Existenzbedingungen für die Lokalpopulation nicht verschlechtern und die ökologische Funktion der Lebensstätten dauerhaft erhalten bleibt.

Vorhabensbedingt beansprucht werden die temporär wasserführenden Mulden im Bereich der Offenlandflächen. Hier wurden im Rahmen von Erfassungen (raskin 2007) mehrere Individuen dieser Art nachgewiesen.

Die Ersatzhabitate sollten zur Wahrung des räumlichen Zusammenhangs in der näheren Umgebung des Vorhabensbereiches lokalisiert sein und folgende Anforderungen erfüllen.

- Mindestfläche zwischen 100 und 200 m² (Maßnahmenbereiche und als Teilhabitate nutzbare Flächen der Umgebung)
- Temporäre Wasserführung der Mulden ohne Zufluss
- Wassertiefe von maximal 50 cm in Teilbereichen, sonst überwiegend flach 10 - 20 cm Tiefe
- Sonnenexponierte Lage der Mulden, vegetationsfrei
- Offene, vegetationslose Flächen aus sandigen und kieseigen Böden im direkten Umfeld der Mulden als Landlebensraum

Die Maßnahmen sind zeitlich vorgezogen gegenüber dem Eingriff durchzuführen. Um die Habitatqualität der neuen Mulden mittel- bis langfristig zu erhalten sind ggf. in mehrjährigem Abstand Freistellungsmaßnahmen erforderlich.

Im vorliegenden Fall muss der Ersatzlebensraum spätestens zu Beginn der Laichphase vor der Inanspruchnahme der vorhandenen Gewässer zur Verfügung stehen.

Mit der Realisierung der Maßnahme im beschriebenen Umfang werden die ökologischen Funktionen der Lebensräume im räumlichen Zusammenhang gesichert und das Eintreten des Verbotstatbestandes des § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 vermieden bzw. auf das Unvermeidbare reduziert.

¹ Dt. Übersetzung „Guidance document on the strict protection of animal species of community interest provided by the Habitats Directive 92/43/EEC, endgültige Fassung, Febr. 2007.“

A2 Anlage von Ersatzhabitaten für den Feldschwirl

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben sind Flächen- und Funktionsverluste für die im Vorhabensbereich vorkommende Anhang IV-Art Kreuzkröte in qualitativer und quantitativer Hinsicht so auszugleichen, dass die Existenzbedingungen für die Lokalpopulation nicht verschlechtern und die ökologische Funktion der Lebensstätten dauerhaft erhalten bleibt.

Da aufgrund der vorliegenden Ergebnisse aus den Bestandskartierungen (raskin 2007) und der erfassten Lebensraumstrukturen im Plangebiet ein Vorkommen nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden kann, wird der Feldschwirl als potenzieller Brutvogel betrachtet.

Zum Erhalt der ökologischen Funktionen der Feldschwirlhabitate sind nach Abschluss des ersten Bauabschnittes attraktive Lebensräume zu schaffen. Die Begrünungen müssen hergestellt sein bevor die Offenlandstrukturen mit den Gehölzgruppen im östlichen Teil des Gebietes gerodet werden.

Durch die Bepflanzung mit Gehölzstrukturen und die Ansaat von Grasflächen entstehen neue Lebensraumstrukturen die geeignet sind, die Habitat- und Flächenansprüche des Feldschwirls zu erfüllen. Da unterschiedliche Pflanzqualitäten Verwendung finden, erfüllen die Pflanzungen bereits nach ihrer Anlage gewisse Habitatfunktionen.

Die Maßnahmen sind zeitlich vorgezogen gegenüber dem Eingriff (Räumung der Offenlandflächen) durchzuführen.

Mit der Realisierung der Maßnahme im beschriebenen Umfang werden die ökologischen Funktionen der Lebensräume im räumlichen Zusammenhang gesichert und das Eintreten des Verbotstatbestandes des § 44 Abs. 1 Nr. 3 vermieden.

5 Bestandsdarstellung sowie Darlegung der Betroffenheit der relevanten Arten

Im Folgenden werden die artenschutzrechtlich relevanten Arten (Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie und wildlebende Vogelarten) zusammengestellt, für die ein Vorkommen im Betrachtungsgebiet nachgewiesen wurde bzw. unter Zugrundelegung der aktuellen Lebensraumsituation im Vorhabensbereich als möglich bzw. wahrscheinlich einzustufen ist.

Für die Arten wird, entweder gruppenweise oder artbezogen, eine Prüfung der einzelnen Verbote des § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG sowie der naturschutzfachlichen Ausnahmeveraussetzungen gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG durchgeführt.

5.1 Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie

5.1.1 Säugetiere

Nachfolgend werden die Säugetierarten aufgeführt, die im Plangebiet relevant sind. Es handelt sich um eine Fledermausart (alle Arten sind im Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführt), die im Rahmen der Erfassungen (raskin 2007) nachgewiesen wurde.

Im Fall der Haselmaus wird aufgrund der vorliegenden Angaben zur landesweiten Verbreitung (LANUV 2011) nicht von einem Vorkommen im Betrachtungsgebiet ausgegangen. Aufgrund fehlender Lebensraumeignung sind darüber hinaus auch keine weiteren Säugetierarten des Anhangs IV FFH-Richtlinie im Plangebiet zu erwarten.

Zwergfledermaus *Pipistrellus pipistrellus*, RL Nordrhein-Westfalen: N (von Naturschutzmaßnahmen abhängig), RL Deutschland: /

Autökologie/Verbreitung in Nordrhein-Westfalen

Die Zwergfledermaus ist ein ausgeprägter Kulturfolger und eine typische Hausfledermaus. Hinsichtlich der Quartiernutzung ist sie anpassungsfähig und wenig spezialisiert. Als Sommerquartiere werden von Einzeltieren und Wochenstuben Spalten und Hohlräume an bzw. in Gebäuden genutzt (z.B. Zwischendächer, Spalten an Giebeln, hinter Wandverkleidungen), seltener auch Baumhöhlen, Baumspalten oder Nistkästen. Die Quartiere werden im Sommer häufig gewechselt, es besteht jedoch eine ausgeprägte Orts-/Quartiertreue. Die Überwinterung erfolgt in Hohlräumen und Spalten an Felswänden und Gebäuden, seltener in Höhlen und Stollen. Zwergfledermäuse jagen in einem Radius von ca. 2.000 m um das Quartier, in Wohngebieten, an Gewässern, in aufgelockerten Wäldern, an Waldrändern, Hecken, Wegen und Straßenlampen. Die Tiere überwintern von Oktober/November bis März/Anfang April.

Die Zwergfledermaus ist in Deutschland und Nordrhein-Westfalen die häufigste Fledermausart und flächenhaft verbreitet und ungefährdet.

Vorkommen im Untersuchungsgebiet

Die Art wurde während der Erfassungen im Jahr 2007 vereinzelt an 3 von 5 Erfassungsterminen nachgewiesen. Es konnten maximal 4 Tiere bei der Jagd beobachtet werden. Die Jagdgebiete beschränken sich auf die mit Gehölzgruppen durchsetzte Offenlandfläche im östlichen Bereich des Gebietes sowie auf den Weg entlang der Böschung zur A 57.

Zum Erhaltungszustand der lokalen Population können folgende Aussagen getroffen werden. Die angrenzenden Gewerbe- und Stadtgebiete sind vermutlich Lebensraum einer lokalen Population. Aufgrund des großflächigen Lebensraumangebotes für diese anpassungsfähige Fledermausart kann von einem größeren Bestand und einem günstigen Erhaltungszustand ausgegangen werden.

Artspezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (vgl. Kapitel 4)

Spezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) sind nicht erforderlich, da keine Höhlenbäume im Gebiet betroffen sind und die Fläche nur von vereinzelt Tieren als Nahrungsraum genutzt wird.

Prognose und Bewertung der Tötungstatbestände (Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen, § 44 Abs.1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG)

Für die Zwergfledermaus ergibt sich vorhabensbedingt kein Tötungsrisiko, da Höhlenbäume im Gebiet fehlen.

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs.1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ist nicht erfüllt.

Prognose und Bewertung der Schädigungstatbestände (Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG)

Fortpflanzungs- und Ruhestätten der Gastvogelarten werden vorhabensbedingt nicht beansprucht. Vorhabensbedingt ergeben sich auch keine indirekten Beeinträchtigungen von Fortpflanzungsstätten, etwa durch Verlust wichtiger Teilhabitate (z.B. Nahrungshabitate).

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ist nicht erfüllt.

Prognose und Bewertung der Störungstatbestände (erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten, § 44 Abs.1, Nr. 2 BNatSchG)

Störungen, die sich erheblich auf Lokalpopulation der Zwergfledermaus auswirken können, treten vorhabensbedingt nicht auf, da vorhabensbedingte Störwirkungen ausschließlich baubedingt (d.h. zeitlich befristet) auftreten und außerdem auch keine wesentlichen (Teil-) Habitate für örtliche Fledermauspopulationen von möglichen Störeffekten betroffen sind.

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs.1, Nr. 2 ist nicht erfüllt.

Zusammenfassende Feststellung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände

Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG treffen nicht zu.

5.1.2 Reptilien

Im Rahmen der Erfassungen 2007 und 2011 konnten keine Reptilien im Plangebiet nachgewiesen werden. Es ist keine Betroffenheit im Sinne der artenschutzrechtlichen Regelungen gegeben, da im Gebiet nicht mit stabilen Populationen zu rechnen ist.

Aufgrund der isolierten Lage (umgeben von Straßen) und der stetig fortschreitenden Sukzession ist von suboptimalen Lebensraumbedingungen für Eidechsen auszugehen.

5.1.3 Amphibien

Laut den Bestanderfassungen wurde im Plangebiet als einzige Amphibienart des Anhangs IV der FFH-Richtlinie die Kreuzkröte nachgewiesen.

Kreuzkröte *Bufo calamita*, RL Nordrhein-Westfalen: 3 (gefährdet), RL Deutschland: Vorwarnliste

Autökologie/Verbreitung in Nordrhein-Westfalen

Die Kreuzkröte besiedelt als Laichgewässer insbesondere flache, schnell erwärmbare Kleingewässer (z.B. Qualmwasserflächen, Sand- und Kiesgruben, Fahrspuren) mit wenig Vegetation. Nur ausnahmsweise kommt sie in vegetationsreichen Gewässern vor.

Tagsüber verbergen sich die dämmerungs- und nachtaktiven Tiere unter Steinen oder in Erdhöhlen im trocken-warmen, sonnenexponierten, vegetationsarmen Gelände. Als Winterquartiere werden lockere Sandböden, sonnenexponierte Böschungen, Blockschutthalden, Steinhäufen, Kleinsäugerbauten sowie Spaltenquartiere genutzt, die oberhalb der Hochwasserlinie gelegen sind.

In NRW ist die Kreuzkröte als „gefährdet“ eingestuft. Verbreitungsschwerpunkte liegen in der planaren Zone – im Bereich des Rheinlandes sowie im Ruhrgebiet.

Vorkommen im Untersuchungsgebiet

Die Art wurde während der Erfassungen im Jahr 2007 mehrfach an den flachen Mulden im Plangebiet nachgewiesen. Es ist von einem Bestand von deutlich über 50 adulten Tieren auszugehen. Während der Biotopkartierung Ende April 2011 konnten Kaulquappen in einer Mulde erfasst werden.

Zum Erhaltungszustand der lokalen Population können folgende Aussagen getroffen werden. In den letzten Jahren kam es zu einem Rückgang der Kreuzkrötenpopulationen an der linksrheinischen Rheinschiene. Die ehemalige Deponie dürfte einen lokalen Verbreitungsschwerpunkt der Art mit wahrscheinlich hoher Bedeutung für den Genfluss zwischen den Kreuzkrötenvorkommen entlang der Rheinschiene darstellen.

Artspezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (vgl. Kapitel 4)

Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände sind Maßnahmen zur Verminderung von Habitatverlusten und zur Verminderung von Individuenverlusten zu treffen (Beschränkung anlagebedingte und baubedingte Flächenbeanspruchung, Vermeidung von Tötungen, vgl. Kapitel 4).

Als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) ist folgende Maßnahme vorgesehen: Anlage von Ersatzhabitaten im ersten Bauabschnitt.

Weitergehende Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) sind nicht erforderlich.

Prognose und Bewertung der Tötungstatbestände (Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen, § 44 Abs.1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG)

Im Zuge der Oberflächenabdichtung des ehemaligen Deponiekörpers ist die Räumung des gesamten Plangebietes vorgesehen. In den Offenlandbereichen befinden sich flache Mulden die von den Kreuzkröten besiedelt werden. Für die Individuen besteht baubedingt ein Tötungsrisiko.

Durch eine Umsiedlung der Individuen in zuvor hergerichtete Ersatzhabitate können Verluste auf das Unvermeidbare reduziert werden und die Lebensraumverluste für die nachgewiesene Population im Plangebiet ausgeglichen werden. Die ökologischen Funktionen der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten bleiben im räumlichen Zusammenhang gewahrt. Unter Berücksichtigung der Maßnahmen ist der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG nicht erfüllt.

Prognose und Bewertung der Schädigungstatbestände (Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG)

Im Zuge der Sanierungsmaßnahme ist die Räumung und anschließende Überdeckung mit einer Re-kultivierungsschicht des gesamten Plangebietes vorgesehen. Somit werden bau- und anlagebedingt Fortpflanzungs- und Ruhestätten der Kreuzkröte zerstört.

Im Rahmen einer vorgezogenen Ausgleichsmaßnahme werden Lebensräume für die Kreuzkröte hergestellt. Die Maßnahme ist so dimensioniert, dass die Lebensraumverluste ausgeglichen werden und insgesamt kein Verlust an für die Lokalspopulation nutzbaren Fortpflanzungs- und Ruhestätten entsteht.

Mit Hilfe dieser Maßnahme bleiben die ökologischen Funktionen der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gewahrt. Unter Berücksichtigung der Maßnahme ist der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG nicht erfüllt.

Prognose und Bewertung der Störungstatbestände (erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten, § 44 Abs.1, Nr. 2 BNatSchG)

Vorhabensbedingt treten Störungen ausschließlich baubedingt auf. Die Baumaßnahmen (Maschinenbetrieb, Baustellenverkehr) sind mit optischen und akustischen Störwirkungen verbunden. Kreuzkröten sind generell wenig störanfällig, mit Fluchtreaktionen ist allenfalls bei direkten Eingriffen in den Lebensraum zu rechnen.

Die Störwirkungen sind zeitlich weitgehend auf die Bauphase beschränkt, es entstehen keine dauerhaften Beeinträchtigungen auf Kreuzkröten-Vorkommen. Erhebliche Störungen, die sich negativ auf den Erhaltungszustand der lokalen Population auswirken, treten nicht ein. Die Störung führt zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population.

Zusammenfassende Feststellung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände

Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG treffen bei Beachtung der Maßnahme zur Vermeidung des Tötungstatbestandes und der CEF-Maßnahme zur Sicherung der ökologischen Funktion nicht zu.

5.2 Europäische Vogelarten

In der nachfolgenden Tabelle sind die Vogelarten zusammengestellt, die im Rahmen der Erfassung 2007 (raskin 2007) im geplanten Vorhabensbereich nachgewiesen.

Status: B – Brutnachweis, Brutverdacht, Revier besetzt; BM - Brutmöglichkeit; NG - Nahrungsgast, ü: Überfliegend, DZ Durchzügler

RL NRW: Rote-Liste-Status in Nordrhein-Westfalen nach NVO & LANUV (2009)

RL D: Rote-Liste-Status in Deutschland nach SÜDBECK et al. (2007)

0 – ausgestorben/verschollen, 1 – Vom Aussterben bedroht, 2 – stark gefährdet, 3 – gefährdet, V – zurückgehend (Vorwarnliste)

Streng geschützte Arten und Arten der Roten Listen ≥ 3 sind gelb markiert

Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name	Status	RL NRW	RL D
<i>Anas platyrhynchos</i>	Stockente	NG	-	-
<i>Accipiter gentilis</i>	Habicht	NG	V	-
<i>Columba palumbus</i>	Ringeltaube	B	-	-
<i>Psittacula krameri</i>	Halsbandsittich	NG	-	-
<i>Apus apus</i>	Mauersegler	NG	-	-
<i>Dendrocopus major</i>	Buntspecht	NG	-	-
<i>Picus viridis</i>	Grünspecht	NG	-	-
<i>Garrulus glandarius</i>	Eichelhäher	NG	-	-
<i>Pica pica</i>	Elster	NG	-	-
<i>Corvus corone</i>	Aaskrähne	NG	-	-
<i>Parus major</i>	Kohlmeise	B	-	-
<i>Parus caeruleus</i>	Blaumeise	B	-	-
<i>Parus palustris</i>	Sumpfmehle	B	-	-
<i>Hirundo rustica</i>	Rauchschwalbe	NG	3	V
<i>Aegithalos caudatus</i>	Schwanzmeise	B	-	-
<i>Phylloscopus trochilus</i>	Fitis	B	V	-
<i>Phylloscopus collybita</i>	Zilpzalp	B	-	-
<i>Acrocephalus palustris</i>	Sumpfrohrsänger	B	-	-
<i>Hippolais icterina</i>	Gelbspötter	B	V	-
<i>Sylvia atricapilla</i>	Mönchsgrasmücke	B	-	-

Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name	Status	RL NRW	RL D
<i>Sylvia borin</i>	Gartengrasmücke	B	-	-
<i>Sylvia curruca</i>	Klappergrasmücke	B	-	-
<i>Sylvia communis</i>	Dorngrasmücke	B	-	-
<i>Troglodytes troglodytes</i>	Zaunkönig	B	-	-
<i>Sturnus vulgaris</i>	Star	NG	V	-
<i>Turdus merula</i>	Amsel	B	-	-
<i>Turdus phillomelos</i>	Singdrossel	B	-	-
<i>Turdus viscivorus</i>	Misteldrossel	B	-	-
<i>Turdus iliacus</i>	Rotdrossel	DZ	-	-
<i>Locustella naevia</i>	Feldschwirl	B	3	V
<i>Muscicapa striata</i>	Grauschnäpper	DZ	-	-
<i>Erithacus rubecula</i>	Rotkehlchen	B	-	-
<i>Prunella modularis</i>	Heckenbraunelle	B	-	-
<i>Fringilla coelebs</i>	Buchfink	B	-	-
<i>Pyrrhula pyrrhula</i>	Gimpel	B	V	-
<i>Chloris chloris</i>	Grünfink	NG	-	-
<i>Emberiza schoeniculus</i>	Rohrhammer	DZ	V	-

5.2.1 Ungefährdete Gastvogelarten: Stockente, Habicht, Halsbandsittich, Mauersegler, Buntspecht, Grünspecht, Eichelhäher, Elster, Aaskrähne, Elster, Star, Rotdrossel, Grauschnäpper, Grünfink, Rohrhammer

Artspezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (vgl. Kapitel 4)

Spezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) sind nicht erforderlich.

Prognose und Bewertung der Tötungstatbestände (Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen, § 44 Abs.1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG)

Für die Gastvogelarten ergibt sich vorhabensbedingt kein Tötungsrisiko, da keine Brutplätze von bau-/anlagebedingten Flächenbeanspruchungen betroffen sind.

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs.1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ist nicht erfüllt.

Prognose und Bewertung der Schädigungstatbestände (Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG)

Fortpflanzungs- und Ruhestätten der Gastvogelarten werden vorhabensbedingt nicht direkt beansprucht.

Die anlagebedingten Flächenbeanspruchungen betreffen potenzielle bzw. nachgewiesene Nahrungsflächen der Arten dieser Gruppe. Daraus resultiert aber keine indirekte Beeinträchtigung von Fortpflanzungs-/Ruhestätten, da den betroffenen Flächen keine essenzielle Bedeutung als Nahrungsflächen zukommt. Für Arten mit eher geringem Aktionsraum bleiben geeignete Nahrungsflächen im südlich an das Plangebiet angrenzenden Bereich mit ähnlichen Strukturen und für Arten mit größeren Aktionsräumen (Mauersegler, Habicht, Stockente, Halsbandsittich, Grünspecht, Buntspecht) darüber hinaus auch östlich der A 57.

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ist nicht erfüllt.

Prognose und Bewertung der Störungstatbestände (erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten, § 44 Abs.1, Nr. 2 BNatSchG)

Vorhabensbedingt treten Störungen in erster Linie baubedingt auf. Bei den ungefährdeten Gastvogelarten sind lediglich (potenzielle bzw. nachgewiesene) Nahrungsflächen betroffen. Daraus ergeben sich keine dauerhaften Beeinträchtigungen, die sich erheblich auf den Erhaltungszustand der lokalen Populationen auswirken könnten.

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs.1, Nr. 2 ist nicht erfüllt.

Zusammenfassende Feststellung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände

Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG treffen nicht zu,

5.2.2 Ungefährdete, verbreitete Brutvogelarten: Ringeltaube, Kohlmeise, Blaumeise, Sumpfmeise, Schwanzmeise, Fitis, Zilpzalp, Sumpfrohrsänger, Gelbspötter, Mönchsgrasmücke, Gartengrasmücke, Klappergrasmücke, Dorngrasmücke, Zaunkönig, Amsel, Singdrossel, Misteldrossel, Rotkehlchen, Heckenbraunelle, Buchfink, Gimpel

Artspezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (vgl. Kapitel 4)

Zur Vermeidung der vorhabensbedingten Gefährdung von Eiern oder Individuen (Jungvögeln) sind Bauausschlusszeiten einzuhalten (vgl. Kapitel 4.1).

Weitergehende Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) sind nicht erforderlich.

Prognose und Bewertung der Tötungstatbestände (Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen, § 44 Abs.1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG)

Im Zuge der Oberflächenabdichtung ist eine Rodung und Räumung der Gehölzbestände und Vorwälder im Plangebiet erforderlich. Die Oberfläche wird mit einer Dichtungsbahn abgedeckt und anschließend mit einer Rekultivierungsschicht überdeckt. Die vorhabensbedingt beanspruchten Bereiche sind von Brutvogelarten besiedelt. Für die Individuen, insbesondere der Jungtiere, entsteht baubedingt ein Tötungsrisiko.

Als Maßnahme zur Vermeidung von Tötungstatbeständen nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ist die Festlegung von Bauausschlusszeiten geboten (vgl. Kapitel 4).

Durch die Maßnahme werden Individuenverluste vermieden bzw. auf das Unvermeidbare reduziert. Da die betroffenen Arten im Landschaftsraum verbreitet sind und auf andere Lebensräume in der Umgebung (südlich des Plangebietes) des Eingriffsbereiches ausweichen können, bleiben die ökologischen Funktionen der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten für die jeweiligen Lokalpopulationen im räumlichen Zusammenhang gewahrt. Unter Berücksichtigung der Maßnahme ist der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG nicht erfüllt.

Prognose und Bewertung der Schädigungstatbestände (Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG)

Im Zuge der Oberflächenabdichtung ist eine Rodung und Räumung der Gehölzbestände und Vorwälder im Plangebiet erforderlich. Die Oberfläche wird mit einer Dichtungsbahn abgedeckt und anschließend mit einer Rekultivierungsschicht überdeckt. Die vorhabensbedingt beanspruchten Bereiche sind von Brutvogelarten besiedelt. Somit werden bau- und anlagebedingt Fortpflanzungs- und Ruhestätten der in diesen Bereichen brütenden Vogelarten beschädigt bzw. zerstört.

Die betroffenen Vogelarten dieser Gruppe sind im Landschaftsraum verbreitet. Die bau-/anlagebedingten Flächeninanspruchnahmen betreffen potenzielle Brut- bzw. Teilhabitate allenfalls von Einzelvorkommen dieser Arten. Aufgrund der Häufigkeit und Anpassungsfähigkeit dieser Arten können evtl. betroffene Vorkommen Ausweichmöglichkeiten in den angrenzenden Flächen, besonders südlich des Eingriffsbereiches nutzen. Die ökologische Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätten bleibt für die jeweiligen Lokalpopulationen im räumlichen Zusammenhang erhalten. Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ist nicht erfüllt.

Prognose und Bewertung der Störungstatbestände (erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten, § 44 Abs.1, Nr. 2 BNatSchG)

Vorhabensbedingt treten Störungen in erster Linie baubedingt auf. Die Baumaßnahmen (Maschinenbetrieb, Baustellenverkehr) sind mit optischen und akustischen Störwirkungen verbunden. Vögel sind grundsätzlich störanfällig, d.h. dass mit Flucht- und Meidereaktionen in der Umgebung des Eingriffsbereiches zu rechnen ist.

Die Störwirkungen sind zeitlich auf die Bauphase beschränkt. Durch die zeitliche Beschränkung der Rodungs- und Räumarbeiten wird eine Minderung baubedingter Störwirkungen erzielt. Auswirkungen auf den Produktionserfolg über diesen Wirkfaktor sind nicht zu erwarten. Durch baubedingte entstehen insgesamt keine dauerhaften Beeinträchtigungen über die vorhabensbedingt beanspruchten Flächen hinaus.

Die betroffenen Vogelarten dieser Gruppe sind im Landschaftsraum verbreitet. Von möglichen Störwirkungen ist ein geringer Anteil der im Plangebiet vorhandenen gehölzgeprägten Vogellebensräume betroffen und ein geringer Anteil der für die Lokalpopulationen im Landschaftsraum zur Verfügung stehenden Lebensräume.

Erhebliche Störungen, die sich negativ auf den Erhaltungszustand der lokalen Populationen der Vogelarten dieser Gruppe auswirken, treten nicht ein. Die Störungen führen zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der jeweiligen lokalen Populationen. Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs.1, Nr. 2 ist nicht erfüllt.

Zusammenfassende Feststellung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände

Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG treffen bei Beachtung der Maßnahme zur Vermeidung des Tötungstatbestandes nicht zu.

5.2.3 Gefährdete Gastvogelart: Rauchschwalbe

Autökologie/Verbreitung in Nordrhein-Westfalen

Die Rauchschwalbe gilt als Charakterart der extensiv genutzten, bäuerlichen Kulturlandschaft. Die Besiedlungsdichte wird mit zunehmender Verstädterung der Siedlungsbereiche geringer. In typischen Großstadtlandschaften fehlt sie. Die Nester werden in Gebäuden mit Einflugmöglichkeiten (z.B. Viehställe, Scheunen, Hofgebäude) aus Lehm und Pflanzenteilen gebaut.

Rauchschwalben sind Zugvögel, die als Langstreckenzieher in Afrika, südlich der Sahara überwintern. Nach Ankunft aus den Überwinterungsgebieten beginnt ab Ende April/Anfang Mai die Eiablage, Zweitbruten sind möglich. Spätestens in der ersten Septemberhälfte werden die letzten Jungen flügge.

In Nordrhein-Westfalen ist die Rauchschwalbe in allen Naturräumen nahezu flächendeckend verbreitet. Seit den 1970er-Jahren sind die Brutbestände durch intensive Flächennutzung der Landwirtschaft und eine fortschreitende Modernisierung und Aufgabe der Höfe stark zurückgegangen. Der Gesamtbestand wird auf etwa 150.000 Brutpaare geschätzt.

Vorkommen im Untersuchungsgebiet

Die Rauchschwalbe konnte während der Erfassungen (raskin 2007) regelmäßig bei der Jagd im Plangebiet beobachtet werden. Die Art nutzt die von Ruderalarten geprägten Offenlandflächen zur Nahrungssuche. Südlich des Plangebietes befinden sich Flächen mit ähnlicher Ausstattung. Östlich der A 57 auf der ehemaligen Deponie am Heckhofweg existieren weitere Ruderalflächen die zur Nahrungssuche aufgesucht werden können. Dem Plangebiet dürfte somit keine hohe Bedeutung als Nahrungshabitate für in der näheren oder weiteren Umgebung vorhandene Brutvorkommen zukommen.

Zum Erhaltungszustand der lokalen Populationen liegen keine näheren Angaben vor. Die Art dürfte aber als Brutvögel im Landschaftsraum allenfalls zerstreut vorkommen, da geeignete Brutstandorte in den städtisch geprägten Bereichen nur lokal vorhanden sind.

Artspezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (vgl. Kapitel 4)

Spezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) sind nicht erforderlich.

Prognose und Bewertung der Tötungstatbestände (Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen, § 44 Abs.1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG)

Für die Gastvogelart ergibt sich vorhabensbedingt kein Tötungsrisiko, da keine Brutplätze von bau-/anlagebedingten Flächenbeanspruchungen betroffen sind.

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs.1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ist nicht erfüllt.

Prognose und Bewertung der Schädigungstatbestände (Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG)

Fortpflanzungs- und Ruhestätten der Gastvogelart werden vorhabensbedingt nicht direkt beansprucht.

Die anlagebedingten Flächenbeanspruchungen betreffen nachgewiesene Nahrungsflächen der Rauchschwalbe. Daraus resultiert aber keine indirekte Beeinträchtigung von Fortpflanzungs-

/Ruhestätten. In direkter Umgebung befinden sich Bereiche mit vergleichbarer Biotopausstattung, die weiterhin als Nahrungsraum zur Verfügung stehen. Der vorhabensbedingte Verlust von Nahrungsflächen im Zuge der Oberflächenabdichtung betrifft daher lediglich geringe Anteile der potenziellen Nahrungshabitate, die im direkten Umfeld in weiterhin großflächig zur Verfügung stehen.

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ist nicht erfüllt.

Prognose und Bewertung der Störungstatbestände (erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten, § 44 Abs.1, Nr. 2 BNatSchG)

Vorhabensbedingt treten Störungen in erster Linie baubedingt auf. Diese sind zeitlich beschränkt und treffen nur einen geringen Anteil der potenziellen Nahrungsflächen im Landschaftsraum. Aufgrund der (im Störungsfall) vorhandenen Ausweichmöglichkeiten ergeben sich keine dauerhaften Beeinträchtigungen, die sich erheblich auf den Erhaltungszustand der lokalen Populationen auswirken könnten.

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs.1, Nr. 2 ist nicht erfüllt.

Zusammenfassende Feststellung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände

Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG treffen nicht zu,

5.2.4 Feldschwirl

Autökologie/Verbreitung in Nordrhein-Westfalen

Der Feldschwirl ist ein Zugvogel, der in Nordrhein-Westfalen als mittelhäufiger Brutvogel auftritt. Als Lebensraum nutzt der Feldschwirl gebüschreiche, feuchte Extensivgrünländer, größere Waldlichtungen, grasreiche Heidegebiete sowie Verlandungszonen von Gewässern. Seltener kommt er auch in Getreidefeldern vor. Der Bodenbrüter baut sein Nest unmittelbar am Boden in Pflanzenhorsten wie z.B. in Heidekraut, Pfeifengras, Rasenschmiele. Nach Ankunft aus den Überwinterungsgebieten beginnt ab Ende April das Brutgeschäft (Hauptlegezeit im Mai). Spätestens im Juli sind alle Jungen flügge.

In Nordrhein-Westfalen kommt der Feldschwirl in allen Naturräumen vor. Im nördlichen Münsterland sowie im Rheinland ist er jedoch nur zerstreut verbreitet. Der Gesamtbestand wird auf etwa 4.000 Brutpaare geschätzt. In der Roten Liste für Nordrhein-Westfalen (NVO & LANUV 2009) ist er als „gefährdet“ eingestuft.

Vorkommen im Untersuchungsgebiet

Im Plangebiet wurde bei Kartierung im Jahr 2006 ein auffliegender Vogel gesichtet. Im Jahr 2007 konnte an einem Kartiertermin Gesang der Art nachgewiesen werden. Aufgrund dieser Ergebnisse kann auch davon ausgegangen werden, dass der Feldschwirl das Gebiet als Durchzügler nutzt. Die vorherrschenden Strukturen im Gebiet entsprechen den geeigneten Lebensraumbedingungen der Art, sodass von einem Brutverdacht auszugehen ist. Da ein Vorkommen im Vorhabensbereich auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse und der vorherrschenden Strukturen nicht mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden kann, wird die Art vorsorglich als potenziell vorkommend für den Vorhabensbereich und dessen Umgebung eingestuft.

Der Feldschwirl tritt in Landschaftsräumen, die durch grasreiche Brachflächen mit Gehölzstrukturen und feuchten Bereichen geprägt sind, vielfach verbreitet auf. Das Deponiegelände und die angrenzenden Flächen bieten mit ihren Brach- und Gehölzflächen besonders attraktive Bruthabitate für die Art, so dass von Lokalpopulation ausgegangen wird.

Artspezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (vgl. Kapitel 4)

Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände sind Maßnahmen zur Verminderung von Habitatverlusten und zur Vermeidung von Individuenverlusten zu treffen (Beschränkung der Rodungs- und Räumungszeit).

Als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) ist folgend Maßnahme vorgesehen (vgl. Kapitel 4.2): Begrünung des ersten Bauabschnittes durch Grasansaat und Gehölzpflanzungen, bevor die Gehölze in den übrigen Flächen gerodet werden und eine Flächenbeanspruchung erfolgt.

Prognose und Bewertung der Tötungstatbestände (Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen, § 44 Abs.1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG)

Im Zuge der Oberflächenabdichtung des ehemaligen Deponiekörpers ist die Räumung des gesamten Plangebietes vorgesehen. In den mit Gehölzgruppen durchsetzten Offenlandflächen im östlichen Bereich des Plangebietes könnten Brutstandorte des Feldschwirls liegen. Für Eier bzw. Jungvögel entsteht baubedingt das Risiko einer Zerstörung bzw. Tötung im Bereich

Als Maßnahme zur Vermeidung der Tötungstatbestände nach § 44 Abs. 1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ist die Durchführung von Rodungen außerhalb der Brutzeit geboten.

Durch diese Maßnahme wird eine Gefährdung von Eiern oder Jungvögeln vermieden. Unter Berücksichtigung der Maßnahme ist der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG nicht erfüllt.

Prognose und Bewertung der Schädigungstatbestände (Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG)

Der Feldschwirl ist als Brutvogel im Plangebiet anzusehen. Bau- und anlagebedingt kommt es zu Flächeninanspruchnahmen, die evtl. zu einer Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten führt.

Im Rahmen einer vorgezogenen Ausgleichsmaßnahme werden Lebensräume für den Feldschwirl nach Abschluss des ersten Bauabschnittes hergestellt (vgl. Kapitel 4.2). Die Lebensraumverluste/-beeinträchtigungen können dadurch ausgeglichen werden, sodass insgesamt kein Verlust an für die Lokalpopulation nutzbaren Fortpflanzungs- und Ruhestätten entsteht.

Mit Hilfe dieser Maßnahme bleiben die ökologischen Funktionen der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gewahrt. Unter Berücksichtigung der Maßnahme ist der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG nicht erfüllt.

Prognose und Bewertung der Störungstatbestände (erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten, § 44 Abs.1, Nr. 2 BNatSchG)

Vorhabensbedingt treten Störungen ausschließlich baubedingt auf: Die Baumaßnahmen (Maschinenbetrieb, Baustellenverkehr) sind mit optischen und akustischen Störwirkungen verbunden. Vögel sind grundsätzlich stör anfällig, d.h. dass mit Flucht- und Meidereaktionen in der Umgebung der Baustellen zu rechnen ist.

Die Störwirkungen sind zeitlich auf die Bauphase beschränkt. Durch die zeitliche Beschränkung der Rodungs- und Räumarbeiten wird eine Minderung baubedingter Störwirkungen erzielt. Auswirkungen auf den Reproduktionserfolg über diesen Wirkfaktor sind nicht zu erwarten. Durch baubedingte Störwirkungen entstehen insgesamt keine dauerhaften Beeinträchtigungen über die vorhabensbedingt beanspruchten Flächen hinaus.

Erhebliche Störungen, die sich negativ auf den Erhaltungszustand der lokalen Population des Feldschwirls auswirken, treten nicht ein. Die Störungen führen zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Populationen. Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs.1, Nr. 2 ist nicht erfüllt.

Zusammenfassende Feststellung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände

Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG treffen bei Beachtung der Maßnahme zur Vermeidung des Tötungstatbestandes und der CEF-Maßnahmen nicht zu.

6 Zusammenfassung und Fazit

Auf dem Gelände der ehemaligen Deponie an der Butzweilerstraße ist eine Oberflächenabdichtung mit anschließender Begrünung geplant. Die vorliegende Artenschutzrechtliche Betrachtung dient zur Ermittlung und Prüfung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (wildlebende europäische Vogelarten sowie Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie) für dieses Vorhaben.

Die Ermittlung vorhabensbedingt betroffener, artenschutzrechtlich relevanter Arten erfolgte im Wesentlichen auf Grundlage von faunistischen Erfassungen im Gelände, die durch das Büro raskin (2007) durchgeführt wurden. Dabei erfolgten systematische Erfassungen der Artengruppen Vögel, Fledermäuse, Reptilien, Amphibien und Libellen.

Aus artenschutzrechtlicher Sicht sind folgende Vermeidungsmaßnahmen geboten:

- V1 Beschränkung der anlagebedingten Flächenbeanspruchung
- V2 Beschränkung der baubedingten Flächenbeanspruchung
- V3 Zeitliche Beschränkung der Rodungs- und Räumungsarbeiten auf das Winterhalbjahr
- V4 Maßnahmen zur Verminderung von Individuenverlusten der Kreuzkröte

Weiterhin sind vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) erforderlich, um das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände für die Kreuzkröte und den Feldschwirl zu vermeiden, die von vorhabensbedingten Habitatverlusten bzw. -beeinträchtigungen betroffen sind: Diese Maßnahmen sehen die Anlage von Ersatzhabitaten für die beiden Arten im räumlichen Zusammenhang zu den vorhabensbedingt beeinträchtigten Lebensräumen vor.

Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen ist die Betroffenheit artenschutzrechtlich relevanter Tierarten im Untersuchungsgebiet wie folgt zu bewerten:

- **Reptilien, Wirbellose:** Für Arten aus den Gruppen der Reptilien und der Wirbellosen, die im Anhang IV der FFH-Richtlinie geführt werden, entsteht keine Betroffenheit im Sinne der artenschutzrechtlichen Regelungen.
- **Amphibien:** Die vorhabensbedingt beanspruchten Bereiche sind Lebensräume der europarechtlich geschützten (FFH-Art) und gefährdeten Kreuzkröte. Ein Eintreten der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände nach § 44 Abs.1, Nr. 1 und Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG lässt sich durch Vermeidungsmaßnahmen und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF), die auf eine Kompensation der Habitatverluste für die Lokalpopulation im Plangebiet durch eine Neuanlage von Lebensräumen abzielen, vermeiden. Eine Tötung von Individuen lässt sich durch eine Umsiedlung in zuvor geschaffene Ersatzhabitate auf das Unvermeidbare reduzieren.
- **Säugetiere:** Es entsteht keine artenschutzrechtliche Betroffenheit für Arten, die im Anhang IV der FFH-Richtlinie geführt werden. Für Fledermäuse ist keine Betroffenheit im Sinne der artenschutzrechtlichen Regelungen gegeben, da von den geplanten Eingriffen keine potenziellen Quartiere betroffen sind und auch kein Verlust essenzieller Nahrungsräume für möglicherweise im Umfeld vorhandene Populationen eintritt.

- **Vögel:** Die vorhabensbedingt beanspruchten Gehölzstrukturen, Pionierwaldflächen und Brachflächen sind potenzielle Bruthabitate ungefährdeter und gefährdeter Vogelarten (Feldschwirl), weiterhin nachgewiesene bzw. potenzielle Nahrungsflächen ungefährdeter wie auch gefährdeter Vogelarten (u.a. Rauchschwalbe). Ein Eintreten der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände nach § 44 Abs.1, Nr. 1 und Nr. 2 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG lässt sich aber durch Vermeidungsmaßnahmen vermeiden: So ist das Einhalten von Bauausschlusszeiten zur Vermeidung des Tötungstatbestandes erforderlich.

Im Fall der ungefährdeten und verbreiteten Brut- und Gastvogelarten tritt der Verbotstatbestand der Schädigung nach § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG infolge der vorhabensbedingten Flächenbeanspruchungen nicht ein, da nur ein geringer Anteil der im Landschaftsraum vorhandenen (potenziellen) Lebensräume der Lokalpopulationen betroffen sind und betroffene Vorkommen auf Lebensräume in der Umgebung des Eingriffsbereiches ausweichen können. Die ökologische Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätten bleibt im räumlichen Zusammenhang, auf Ebene der Lokalpopulationen, erhalten.

Im Fall der gefährdeten potenziell vorkommenden Brutvogelart Feldschwirl tritt der Verbotstatbestand der Schädigung nach § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG infolge der vorhabensbedingten Flächenbeanspruchungen nicht ein, unter der Voraussetzung, dass vorgezogene Maßnahmen zum Ausgleich der vorhabensbedingten Beeinträchtigungen getroffen werden (CEF-Maßnahmen: Begrünung des ersten Bauabschnittes bevor die Offenlandflächen in Anspruch genommen werden).

Das geplante Vorhaben führt somit, unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen, nicht zu einer Erfüllung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG.